

Neue Zürcher Zeitung

Das düstere Fazit des NSU-Prozesses

Deutschland erwartet die Urteile gegen Beate Zschäpe und vier Unterstützer der Terrorgruppe - Mittäter und Helfer bleiben unbestraft

STEPHANIE LAHRTZ, MÜNCHEN

Elif Kubasik, Witwe eines der Mordopfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), ist enttäuscht und verletzt. Das auf der Gedenkfeier im Februar 2012 von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegebene Versprechen, «alles zu tun, um die Morde des rechtsextremen Trios aufzuklären, die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen», sei nicht gehalten worden. Weder durch den Prozess noch durch andere staatliche Organe. Dies hielt die trauernde, aber nicht gebrochene Frau in ihrem Plädoyer vor Gericht im vergangenen November fest, Auch das Fazit von Nebenklagevertretern, Prozessbeobachtern und Extremismusforschern ist düster.

Enttäuschte Hoffnungen

Zwar dauerte der Prozess mehr als fünf Jahre, über 600 Zeugen wurden gehört, und zwölf parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben sich in Berlin und in verschiedenen Bundesländern mit der Entstehung und dem Umfeld des NSU befasst. Doch die politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen all dessen scheinen nur gering zu sein. Dabei knüpften sich nach Zschäpes Selbstenttarnung 2011 und dem Entsetzen über eine rechtsextreme Gruppierung, die mitten in Deutschland dreizehn Jahre lang unbehelligt leben und morden konnte, grosse Hoffnungen an ein entschiedenes Engagement gegen die rechtsextreme Gewalt.

Doch bis heute bleiben gewichtige, für die Verwandten der zehn Ermordeten sogar existenzielle Fragen offen: Warum musste ausgerechnet mein Mann, mein Vater, meine Kollegin sterben? Wer half dem NSU-Trio ausser den vier Mitangeklagten?

«Man geht derzeit davon aus, dass es rund 100 bis 200 Personen gab, die dem Trio den Alltag im Untergrund ermöglichten, aber auch potenzielle Tatorte ausspähten, vor oder nach den Morden Unterschlupf gewährten, finanzielle Hilfe leisteten», erläutert Samuel Salzborn, Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher an der TU Berlin. Aber man wisse nicht genau, wer was wo gemacht habe. Somit blieben viele Mittäter und Helfer unbestraft.

Hinterbliebene der Ermordeten wie auch die Opfer der Sprengstoffanschläge haben vor Gericht eindrücklich geschildert, wie belastend es für sie sei, durch ihre Stadt zu gehen und nicht zu wissen, ob man gerade einem Mittäter oder Helfer begegnet sei.

Zum einen sind die Lücken dem unveränderten Unwillen Zschäpes geschuldet, sich zu den Tatvorbereitungen zu äussern - offenkundig aus Selbstschutz.



Einer der Beschuldigten bei der Ankunft vor dem Oberlandesgericht in München, Mai 2013. ALEXANDER HASSENSTEIN / GETTY

Die diesbezüglich eindrücklichste Szene war, als ein Familienmitglied eines Ermordeten im Gerichtssaal zwei Meter vor Zschäpe sie unter bitteren Tränen anflehte, doch etwas zu sagen - und die Angeklagte nur mit unbeweglicher Miene ihren Laptop aufklappte. Auch nach rund 430 Verhandlungstagen wirkt sie weder reuevoll noch zermürbt. Nur den Gerichtssaal betritt sie nicht mehr so dynamisch wie am ersten Tag.

Erinnerungslücken

Zum anderen werfen nicht nur Hinterbliebene und ihre Anwälte der Bundesanwaltschaft sowie dem Gericht vor, sich nicht intensiv genug um das Umfeld des NSU gekümmert zu haben. «Viel zu oft hat man bei als Zeugen geladenen Neonazis wie auch bei den V-Leuten, die im Auftrag diverser Landesbehörden die rechtsextreme Szene überwachen sollten, Erinnerungslücken akzeptiert», stellt Birgit Mair fest. Die Expertin für Rechtsextremismus in Nürnberg hat eine Ausstellung über die NSU-Opfer erarbeitet. Für den Nebenklagevertreter Sebastian Scharmer wäre die Argumentation der Bundesanwaltschaft, sich auf die Aufklärung der Taten der fünf Angeklagten zu konzentrieren, nur dann nachvollziehbar, wenn anderweitig auch effektiv untersucht würde. Derzeit laufen noch Ermittlungsverfahren gegen neun Personen. «Doch hier ist seit 2011 wenig passiert. Da meist nicht wegen Beihilfe zum Mord ermittelt wird, werden diese Verfahren voraussichtlich wegen Verjährung bald eingestellt werden», meint Alexander Hoffmann, ein weiterer Nebenklagevertreter.

In den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wurde zwar viel herausgefunden, etwa zur Entstehung des NSU 1998 in Jena. Doch die Abgeordneten stiessen auch hier sehr oft auf Mauern des Schweigens sowohl bei Neonazis als auch bei V-Leuten. Die Volksvertreter mussten sich offensichtliche Widersprüche in den Aussagen der Befragten gefallen lassen und sich über geschwärzte Akten von Verfassungsschutzämtern ärgern.

Der vielkritisierete Unwille zu tiefergehenden Ermittlungen hänge auch mit den weitreichenden Verstrickungen der Behörden mit der rechtsextremen Szene via V-Leute zusammen, wird immer wieder betont. Diese «päppelten» mit staatlichen Geldern die rechtsextreme Szene, aber man erfahre kaum, welche Daten sie schliesslich lieferten, erläutert Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus an der Hochschule Düsseldorf.

Scharmer hat für den Prozess in einem Diagramm dargestellt, «wie umzingelt» der NSU von mindestens 30 V-Leuten war. «Entweder haben die Behörden trotz den vielen Informanten nichts erfahren - weil diese Personen der Szene mehr zugeneigt und verpflichtet waren als ihren Geldgebern. Oder man hat etwas erfahren, aber das nicht verfolgt», sagt Scharmer. Beides sei ein Skandal. Problematisch sei zudem, dass dieses System der V-Leute nicht reformiert worden sei, kritisiert Virchow - obwohl durch die Aufklärungsbemühungen rund um den NSU klar vor Augen geführt wurde, wie intransparent und ohne richtige parlamentarische Kontrolle die deutschen Nachrichtendienste agierten. Das System sei sogar noch ausgebaut worden.

Ermittler im Zwielficht

Neben all diesen offenen Fragen bleibt ein weiteres gravierendes Problem ungelöst. Es habe sich durch die Erkenntnisse über den NSU weder in grossen Teilen der Bevölkerung noch bei den Nachrichtendiensten oder Ermittlern eine systematisch erhöhte Sensibilität gegenüber rechtsextremen Gewalttätern eingestellt, konstatieren die Gesprächspartner. In den Ermittlungen unmittelbar nach den Taten verdächtigte man jahrelang die Opfer, zur organisierten Kriminalität zu gehören. Der in den Behörden damals angetroffene Rassismus habe sich seither nicht grundlegend geändert, heisst es.

In Deutschland werde rechte Gewalt kleingeredet, ist Mair überzeugt. Man stelle sie wie beim NSU immer als die Taten Einzelner oder isolierter Kleingruppen dar. Scharmer erzählt von Mandanten, die von Neonazis zusammengeschlagen worden seien und denen dann seitens der Polizei ohne jeden Anhaltspunkt eine Mitschuld gegeben werde. Laut Hoffmann scheuen sich Staatsanwälte weiterhin, gegen offensichtlich rechtsradikale Schläger, teilweise sogar an ihren Tätowierungen identifizierbar, Ermittlungen aufzunehmen. Institutionen wie grosse Teile der Bevölkerung verkennen, laut Virchow, weitgehend die Gefährlichkeit der rechtsextremen Szene. Dabei habe deren Gewaltbereitschaft in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Rechtsextreme waren laut Statistiken für mindestens 200 Morde seit 1990 verantwortlich.

Und alle Gesprächspartner sind überzeugt, dass es wieder einen NSU geben könnte - oder schon gebe. Darauf weist der im März beendete Prozess gegen die sogenannte Gruppe Freital hin. Die acht Personen hatten sich in Sachsen zusammengeschlossen und Anschläge auf Flüchtlingsheime begangen. Nur dank glücklichen Umständen gab es dabei keine Toten. Die Gruppenmitglieder erhielten mehrjährige Freiheitsstrafen unter anderem wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und versuchten Mordes.

Carsten S.

slz. • Carsten S. gab dem Trio die Mordwaffe. Der 37-Jährige stieg allerdings kurz danach aus der Neonazi-Szene aus und fing ein neues Leben an. Er ist nun als Sozialpädagoge tätig. Er gab vor Gericht die Waffenübergabe zu und belastete Wohlleben schwer, dessen treuer Gefolgsmann er gewesen war. Die Verteidigung Wohllebens versuchte mehrfach, ihn als unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Bei der mehrere Tage dauernden Aussage vor Gericht und den Schilderungen seines Lebens in der rechtsextremen Szene weinte S. manchmal heftig. Zudem hatte er schon zuvor den Anklägern gegenüber Angaben gemacht, die ihn teilweise selbst belastet hatten.

Er lebt seit sechs Jahren im Zeugenschutzprogramm und wird von der Neonazi-Szene als Verräter beschimpft. Die Anklage fordert drei Jahre Haft. Da ihm ein Psychiater eine Entwicklungsverzögerung attestiert, kann S. nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden. Er gab wiederholt an, seine Mithilfe für den NSU zu bereuen. Zudem traf er sich mit Hinterbliebenen und entschuldigte sich laut deren Aussage aufrichtig.



Ralf Wohlleben

slz. • Ralf Wohlleben war seit den 1990er Jahren ein sehr aktiver NPD-Funktionär in Thüringen. Der 43-Jährige organisierte jahrelang Kundgebungen der Partei wie auch anderer, ihr nahestehender Organisationen sowie Rechtsrock-Konzerte. Er war über Jahre hinweg im Visier des Verfassungsschutzes und gilt als einer der wichtigsten Unterstützer und Ideologen des Nationalsozialistischen Untergrunds.. Er soll massgeblich am Kauf der Waffe Marke Ceska beteiligt gewesen sein, mit dem die NSU-Männer die Morde begingen. Wohlleben bestreitet dies.

Vor Gericht präsentierte er sich als überzeugten, aber friedliebenden Neonazi. Er wird von explizit neonazistischen Anwälten vertreten, die in ihren Plädoyers Hitler-Zitate verwendeten. Die rechts-extreme Szene organisierte mehrfach Solidaritätsbekundungen für «Wolle». Die Anklage forderte für den seit November 2011 in Untersuchungshaft sitzenden Wohlleben zwölf Jahre Haft wegen Beihilfe zum Mord.

André E.

slz. • Andre E. gilt als engster Vertrauter der drei NSU-Mitglieder und vielfacher Helfer. Der 38-Jährige sowie seine Frau hielten all die Jahre Kontakt zu dem Trio im Untergrund. E. mietete Wohnungen für die Gruppe. Nach der Brandstiftung nahm er Zschäpe auf, gab ihr neue Kleidung und half ihr bei der Flucht. E. ist bekennender Nazi, «mit Haut und Haaren», wie sein Verteidiger im Plädoyer betonte. Die Anklage wertet den bei ihm zu Hause errichteten «Altar» für Böhnhardt und Mundlos als Beweis, dass E. von den Morden wusste.

Manchmal erschien der mit neonazistischen Parolen tätowierte Mann in Szeneklamotten vor Gericht und erhielt öfter lauten Beifall von «Kameraden» von der Zuschauertribüne aus. Als die Ankläger im September zwölf Jahre Haft wegen Beihilfe zum Mord und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung forderten - er habe von den Taten gewusst und ein Fluchtauto gemietet -, wurde er in Untersuchungshaft genommen. Davor konnte es passieren, dass man hinter ihm in der Schlange bei der Einlasskontrolle zum Gericht stand.



Beate Zschäpe

slz. • Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bildeten den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Sie tauchten 1998 ab und lebten dreizehn Jahre lang in Chemnitz und Zwickau. In dieser Zeit fuhren sie unbehelligt an die Ostsee in die Ferien oder auf Konzerte rechter Rockgruppen, unter anderem auch in der Schweiz. Zwischen 2000 und 2007 ermordeten die beiden Männer neun Migranten und eine Polizistin und verübten zwei Sprengstoffanschläge. Nicht ganz geklärt ist, ob sie auch die Urheber einer 1999 in einem Laden in Nürnberg explodierten präparierten Taschenlampe sind. Zudem begingen sie fünfzehn zum Teil äusserst brutale Raubüberfälle.

Der 43-jährigen Zschäpe ist die Anwesenheit an den Tatorten nicht nachzuweisen. Laut Anklage soll sie aber das Leben im Untergrund organisiert und so die Taten ermöglicht haben. Zeugen sagten aus, sie sei die dominante Person des Trios gewesen und habe sich um die Finanzen gekümmert, also auch die Einnahmen aus den Raubüberfällen verwaltet. Sie wusste laut eigener Aussage von mehreren Waffen in der Wohnung, habe diese aber «nie gemocht». Zudem soll sie laut Anklage die Morde ideell mitgetragen haben. Sie dagegen behauptet, erst im Nachhinein davon erfahren und die Taten missbilligt zu haben.

Nachdem sich die Männer nach einem missglückten Raubüberfall im November 2011 in Eisenach erschossen hatten, verschickte Zschäpe das Bekennervideo, durch das überhaupt erst die Urheberschaft der zehn NSU-Morde bekannt wurde. Sie will aber dessen Inhalt nicht gekannt haben. Zudem zündete noch am selben Tag die gemeinsame Wohnung an. Diese Tat gestand sie. Will aber gewusst haben, dass das Haus leer war. Einige Tage später, nach Bahnfahrten quer durch Deutschland, stellte sie sich der Polizei. Die Ankläger sehen sie als Mittäterin und haben lebenslange Haft sowie Sicherungsverwahrung gefordert. Zschäpes ausländerfeindliche Gesinnung habe sich nicht geändert.